



ROTER BRIEF

MÄRZ 2020

(© FockeStrangmann)

Liebe Leserin, lieber Leser,

im vergangenen Plenum waren auch die schrecklichen Ereignisse von Hanau auf der Tagesordnung. Wir verurteilen dies aufs Schärfste und stehen an der Seite der Betroffenen und Hinterbliebenen. Dieser rechtsextrem motivierte Terrorangriff war ein Angriff auf unsere Demokratie. Taten werden erst denkbar, dann sagbar und schließlich machbar. Dieser Entwicklung gilt es klare Kante zu zeigen und sie zu bekämpfen! Wir lassen uns von diesen Taten jedoch nicht spalten und wir halten als Demokratinnen und

Demokraten noch enger zusammen. Dies zeigten auch die vielen Teilnehmenden der Mahnwachen in zahlreichen Städten.

Auch in Oldenburg fand dazu eine Veranstaltung statt, bei der spontan über 300 Oldenburgerinnen und Oldenburger hinzugekommen sind. Ein starkes Zeichen für die Mitmenschlichkeit und die Demokratie.

Herzliche Grüße und eine spannende Lektüre wünschen



Foto: Helmut Meyer

Helmut Meyer

INHALT

Aus dem Plenum.....	2
MP Weil zu Besuch in Oldenburg.....	4
EU-Abgeordneter Wölken zu Gast.....	6



AUS DEM PLENUM

REDE VON ULF PRANGE: Berichtslegung über die Kriminalitätslage

Auszug (Es gilt das gesprochene Wort):

Bei der Interpretation und Auslegung von Statistiken kommt es immer wieder zu Fehlern und dies gilt natürlich auch für die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Teils geschieht dies versehentlich, teils aber auch bewusst. Dies wird sich unserer Überzeugung nach aber auch nicht durch eine neue Statistik bzw. Berichtslegung ändern lassen.

Wir wollen die bestehenden Instrumente noch besser machen, statt ein zusätzliches Instrument zu schaffen. Mit Boris Pistorius haben wir einen Innenminister, der in diesem Bereich bereits viel umgesetzt hat und mit seinem Haus hier weiter vorangehen wird.

Zur Einordnung der Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik stehen mittlerweile weitere Instrumente zur Verfügung. Ich will hinweisen auf die jährlichen Lagebilder zur organisierten und zur politisch motivierten Kriminalität. Ferner wird die PKS fortlaufend angepasst, um Schwächen zu beheben und aktuellen Informations-bedürfnissen nachzukommen. Schließlich kommt moderne Software wie PreMAP (Predictive Policing Mobile Analytics for Police) zum Einsatz. Diese Software, die zunächst zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen entwickelt wurde, ermöglicht tagesaktuelle und deliktorientierte Auswertungen.

Daneben setzen wir auf wissenschaftliche Begleitung. Wissenschaftliche Analysen ermöglichen eine bessere Einordnung und Bewertung des Zahlenmaterials. Hier ist Niedersachsen gut aufgestellt mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut (KFN) und der Kriminologischen Zentralstelle.

Auch die besten Statistiken sind nicht davor gefeit, dass sie durch bewusste Fehlinterpretation dazu eingesetzt werden, zur

Begründung von Positionen genutzt werden. Ein besonders krasser Fall wurde im Ausschuss angesprochen, nämlich der Versuch der AfD, die Krankenhausmorde des Niels Högel und die damit einhergehende Erhöhung der Mordfälle in der Polizeistatistik den Flüchtlingen zuzuschreiben. Das ist unanständig. Damit verhöhnen Sie von der AfD die Opfer des Niels Högel. Mit bewussten Fehlinformationen hetzen Sie die Menschen auf, bereiten Hass, Hetze und Gewalt den Boden und versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Dies ist unerträglich und hier sind alle – Politik und Gesellschaft – in der Pflicht, dagegen zu halten.

Ein weiterer Aspekt, über den wir im Ausschuss gesprochen haben, ist, dass sich viele Menschen unsicher fühlen, obgleich die Zahl der Straftaten kontinuierlich zurückgeht. Dies ist eine beunruhigende Entwicklung. Das subjektive Sicherheitsempfinden und die tatsächliche Kriminalitätslage haben sich sehr stark auseinanderentwickelt. Dies hat aus meiner Sicht mit einer veränderten Berichterstattung in den Medien, aber insbesondere auch mit den sozialen Medien zu tun.

Im Ausschuss wurde seitens des Innenministeriums über die von der Polizei eingestellten sogenannten Social-Media-Manager berichtet. Darüber sei die Polizei in diesen Medien präsent, könne gezielt gegen Fehlinformationen vorgehen und zu einer Versachlichung beitragen. Dies ist ein gutes Instrument, dessen Einsatz wir auch in anderen Bereichen prüfen sollten, denn die Debatte in den sozialen Netzwerken dürfen wir nicht den Scharfmachern überlassen.

Weitere Informationen zum Plenum im Februar finden Sie hier 



AUS DEM PLENUM

REDE VON ULF PRANGE zum AfD-Antrag "Mietrecht"

Auszug (Es gilt das gesprochene Wort):

In Deutschland gibt es ca. 25 Mio. Mietverhältnisse und über 2 Mio. Neuvermietungen im Jahr. Laut Mieterbund gibt es weniger als 1.000 Fälle von Mietnomadentum jährlich. Diese Fälle können und dürfen aber nicht dazu herhalten, das soziale Mietrecht zu Lasten der Mieter zu verschärfen und Mieterrechte allgemein zu schwächen. Sie stellen die ganz große Mehrheit der redlichen Mieter unter einen Generalverdacht. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

Im Übrigen nehme ich auch ganz andere Probleme am Wohnungsmarkt wahr. Bezahlbares Wohnen ist gerade in den Städten die neue soziale Frage. Die Wohnung ist der Mittelpunkt des sozialen Lebens und der privaten Existenz. Gerade in angespannten Wohnungsmärkten, die wir in den meisten Städten in Niedersachsen haben, gibt es Vermieter, die die Not von Mieter ausnutzen, überteuert vermieten und ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Das Mittel der Mietminderung gibt den Mietern die Möglichkeit, die Beseitigung von Mängeln gegenüber dem Vermieter durchzusetzen und darf nicht eingeschränkt werden. In Zeiten, wo durch Entmietungen und Luxussanierungen Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt werden, würde ich mir wünschen, dass Sie darauf Antworten geben, insbesondere dann, wenn Sie das Thema Gerechtigkeit für sich beanspruchen.

Bereits 2012 hat schwarz/gelb im Bund Veränderungen am Mietrecht vorgenommen, hat die Vermieterrechte gestärkt. Es ist die Möglichkeit einer Sicherheitsanordnung zum Schutz vor Mietausfall während des Hauptsacheverfahrens geschaffen worden. Die Berliner Räumung, die das Räumungsverfahren verkürzt und kostengünstiger macht, wurde gesetzlich normiert

und der Verzug mit der Mietkaution wurde als neuer Kündigungstatbestand ins BGB aufgenommen. Auch damals mussten die Mietnomaden als Begründung herhalten. Bereits diese Veränderungen sind aus Mietersicht nicht unproblematisch. Weitere Verschärfungen des Mietrechts zulasten der Gesamtheit der Mieter, wie Sie sie fordern, lehnen wir ab.

Sie beseitigen keine Ungerechtigkeiten, sondern machen sich zum Sprachrohr der Immobilienlobby. Die Fälle von Mietbetrug, die teilweise mit einem hohen Schaden verbunden sind, will ich nicht kleinreden. Sie dürfen diese Menschen aber nicht instrumentalisieren, um Mieterrechte einzuschränken.

Ihr Vorschlag hilft diesen Menschen kaum. Die von Ihnen vorgeschlagene Hinterlegung schafft letztlich nur zusätzliche Bürokratie, denn wer seine Miete nicht zahlen will, zahlt sie weder an den Vermieter noch an die Hinterlegungsstelle. Im Übrigen ist der Vorschlag aus meiner Sicht nicht praktikabel, führt zu einer Belastung der Amtsgerichte, die kaum leistbar ist. Wichtiger ist aus unserer Sicht, dass Vermieter gut beraten werden und so die Risiken durch Mietbetrug weiter eingedämmt werden. Vermieter müssen über ihre Auskunftsrechte im Vorfeld des Mietvertragsabschlusses aufgeklärt werden. Eine falsche Selbstauskunft des Mieters macht den Eingehungsbetrug beweisbar und die Mietforderung insolvenzfest. Zur Kosten- bzw. Schadenminimierung gibt es Mietausfallversicherungen. Auch der Abschluss einer Vermieter-Rechtsschutzversicherung kann sinnvoll sein. Im Vollstreckungsverfahren kann die schnelle und kostengünstige Berliner Räumung zum Einsatz kommen. Da müssen wir ansetzen, nämlich bei Beratungsangeboten.



Ministerpräsident Weil zu Besuch bei Omnibot im TGO und bei OFFIS

Das Startup-Unternehmen Omnibot GmbH mit Sitz im Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg (TGO) hat eine KI-Plattform für Sprachassistenten entwickelt und ist seit 2018 erfolgreich am Markt tätig. Kunden sind u. a. Volkswagen, Deutsche Telekom, T-Systems, EWE, Cewe Color, Lufthansa, Team Neusta, Deutsche Bahn. Forbes bezeichnete das junge Unternehmen als „one of the top 100 most innovative start-ups in Germany“. Beim Besuch wurden Anwendungsbeispiele gezeigt.

Im Rahmen des Besuchs von Ministerpräsident Weil am 13. Februar stellte sich das Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg kurz vor.

Als An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg setzt OFFIS seit seiner Gründung 1991 wissenschaftliches Know-how aus der Informatik in Prototypen um, die dann von Wirtschaftspartnern zu marktfähigen Produkten weiterentwickelt werden können. Damit leistet OFFIS für Unternehmen und Institutionen Forschung und prototypische Entwicklungsarbeit.

Prof. Dr. Wolfgang Nebel und sein Team haben Ministerpräsident Weil mehrere Projekte gezeigt, bei denen künstliche Intelligenz (KI) ein wesentlicher Bestandteil ist.





AUS OLDENBURG

Besuch auf dem Milchhof Diers

Gemeinsam mit der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Karin Logemann, besuchten Hanna Naber und Ulf Prange den Milchhof Diers in Oldenburg.



Bei einem Rundgang erfuhren die Abgeordneten mehr über das seit mehr als 60 Jahren bestehende Familienunternehmen.



Gespräch im neuen Zentrum ZEHN der LWK

Ulf Prange war zu Besuch im neuen Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN) der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Zu den zentralen Aufgaben von ZEHN gehört es, Ernährungswissen und hauswirtschaftliche Alltagskompetenzen zu vermitteln sowie die Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln zu steigern.

Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln zeigen auch die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen der Oldenburger Tafel, wie sich Ulf Prange und Hanna Naber bei einem Besuch vor einiger Zeit selbst ein Bild von der Arbeit vor Ort machen konnten.





Besuch vom EU-Abgeordneten Tiemo Wölken in Oldenburg

Am 27. Februar war der EU-Abgeordnete Tiemo Wölken zu Besuch in Oldenburg. Neben der Unternehmensbesichtigung bei energy & meteo systems GmbH hat Tiemo Wölken auch Zeit für ein Gespräch mit der Kulturgemeinschaft GLOBE e. G. eingeplant. Im Anschluss fand ein Austausch mit Jugendlichen aus Polen und Georgien statt, die zurzeit an einem internationalen Jugendaustausch bei Jugendkulturarbeit e. V. teilnehmen.

Beim monatlich stattfindenden Oldenburger Abend der SPD diskutierten Tiemo Wölken und Dr. Jens Albers, Mitglied der Europäischen Föderalisten Oldenburg e. V., mit interessierten Oldenburgerinnen und Oldenburgern über das Thema "Nach dem Brexit - Zukunftsperspektiven für unser Europa".





Landtagsfahrten im Jahr 2020

Gern informieren wir bereits jetzt über die Termine für Landtagsfahrten im Jahr 2020. Ulf Prange und Hanna Naber bieten Fahrten an am **Mittwoch, 13. Mai** sowie am **Montag, 14. September 2020**, zu denen Sie sich bereits jetzt anmelden können unter Tel: 0441 36117512 oder per Mail an: Wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Landtagsbesichtigungen Schulklassen

Für Schulklassen bieten wir gesonderte Termine zu Landtagsfahrten an. Gern sprechen wir mit den Klassenlehrer*innen mögliche Termine ab. Melden Sie sich bei Interesse bei uns im Wahlkreisbüro.

Landtagsbesichtigungen Vereine & Gruppen

Auch für feste Gruppen von 20 bis 50 Personen organisieren wir gern eine eigene Landtagsfahrt. Sprechen Sie uns jederzeit an.

Praktikant begleitet Prange



Im Januar begleitete der Schüler Patrick Hahn Ulf Prange bei Terminen im Wahlkreis und zu Ausschusssitzungen nach Hannover. Er bekam einen breiten Einblick in die Arbeit der Abgeordneten und besuchte auch an zwei Tagen das Plenum im Januar. "Ich habe diese fast drei Wochen sehr genossen", resümiert der 17-Jährige im Anschluss an sein Praktikum.

Patrick unterstützte neben den Bereisungen von Terminen im Wahlkreis auch das Oldenburger Büro, indem er Pressemitteilungen verfasste und weitere redaktionelle Tätigkeiten erledigte.

Der nächste Rote Brief erscheint im April!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-12 / 0441 361175-13

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 2.März 2020

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Theis Hellmann,
Raphael Heitmann & Yannoh Mügge